

Vorwort

Zwei gegenläufige zentrale Vorgänge charakterisierten 2025 das globale Fluchtgeschehen. Weltweit rangierte die Zahl der Geflüchteten weiterhin auf sehr hohem Niveau: 117 Millionen Menschen, von denen 38,9 Millionen in einem anderen Staat Schutz suchten. Bei den sogenannten Binnenvertriebenen allerdings ergab sich ein Rückgang von ca. sechs Millionen, insbesondere bei Syrer:innen und Sudanesischen. In der Europäischen Union und insbesondere in Deutschland ging die Zahl der Neuansprüche auf Asyl stark zurück. In der EU sank sie um 23 Prozent auf 704.000 und in Deutschland sogar um 51 Prozent auf 113.000. Im Hintergrund stand die geringere Zahl der Ansprüche von Syrer:innen, Afghan:innen und Türk:innen. Dieser Rückgang setzte sich auch Anfang 2026 fort. Immer weniger Flüchtlinge finden mithin in Europa Schutz. Dies ist auch eine Konsequenz des Fehlens sicherer Fluchtwege. 2025 kamen 2.504 Menschen auf dem Weg nach Europa ums Leben.

In einem für das Fluchtgeschehen bedeutenden Nachbarland der EU, der Türkei, fiel die Zahl der als Flüchtlinge registrierten Syrer:innen um fast 1,4 Millionen. Die Zahl der Asylansprüche anderer Nationalitäten sank gar auf nur rund 10.000, ein Zehntel des bisherigen Niveaus. In den USA ergab sich ein noch weitaus dramatischer Rückgang. Dort wurde die Flüchtlingsaufnahme nach der Amtsübernahme von Präsident Trump zunächst komplett ausgesetzt, es folgte dann die Festlegung einer neuen Obergrenze von 7.500. Sie liegt weit unterhalb der von der Vorgängerregierung angepeilten 125.000. Auch hier ist der Flüchtlingsschutz unter erheblichem Druck.

Der Rückgang bei der Aufnahme von Flüchtlingen geht einher mit einer Zunahme von Abschiebungen derer, die bereits in einem Aufnahmeland sind. Als besonders beunruhigend erscheinen großangelegte Rückführungsaktionen in zwei der bislang bedeutendsten Aufnahmeländer von Geflüchteten, dem Iran und Pakistan. Aus dem Iran sind 1,35 Millionen und aus Pakistan mehr als eine Million Afghan:innen abgeschoben beziehungsweise anderweitig zur Rückkehr gedrängt worden. Aber auch Libyen, ein wichtiges Partnerland der EU, wenn es um das Aufhalten von Migrationsbewegungen geht, startete im Sommer 2025 eine große Abschiebeoffensive. Statt Geflüchteten Schutz zu gewähren, geht der Trend dahin, ihnen millionenfach den Schutz zu entziehen.

Darüber hinaus bestimmen gleich mehrere weitere Entwicklungen um die Jahreswende 2025/26 das derzeitige globale Fluchtgeschehen: die anhaltenden Bemühungen, den Krieg in der Ukraine zu beenden; die Eskalation der Kämpfe zwischen den neuen islamistischen Herrschern in Syrien und den kurdischen sowie drusischen Minderheiten im Norden und Süden des Landes; die nach wie vor sehr unbeständige Situation im Sudan; die Debatte in Deutschland um Rückkehr oder Abschiebungen nach Syrien; die brutale Niederschlagung von Massenprotesten im Iran und die militärische Intervention der USA in Venezuela.

Ob zumindest ein Teil der 5,9 Millionen geflüchteten Ukrainer:innen sowie der 3,4 Millionen Binnenvertriebenen zurückkehren können oder ob gar weitere Millionen vertrieben werden, könnte sich 2026 entscheiden. Bislang (Stand Februar 2026) hat weder die Heraufsetzung der Altersgrenze bei Reiseerlaubnissen von Männern, noch die weitgehende Zerstörung der kritischen Infrastruktur in der Ukraine neue Fluchtbewegungen in die EU verursacht.

Auch für die weltweit 7,9 Millionen venezolanischen Flüchtlinge könnte sich in absehbarer Zeit entscheiden, ob eine teilweise Rückkehr möglich oder weitere Flucht nötig wird. Dies gilt auch für Iraner:innen, derzeit leben 69.660 iranische Geflüchtete in der EU, 2025 haben hier nur weitere 2.636 Iraner:innen Asyl beantragt. Über 90 Prozent von ihnen fanden keinen anderen Zugang zu einem Schutzstatus, als den riskanten Weg von Libyen über das Mittelmeer zu nehmen. Die Repression im Iran nach den Aufständen lässt allerdings befürchten, dass viele weitere 2026 fliehen müssen.

2025 konnten im Sudan mehrere Millionen Menschen, überwiegend Binnenvertriebene, zurückkehren. Zugleich wurden Ende des Jahres erneut 170.000 Menschen vertrieben. Nahezu unbemerkt hat Ägypten inzwischen die Rolle eines bedeutenden Aufnahmeland von Flüchtenden angenommen. Das gilt für allein 1,5 Millionen Sudanese:innen, viele allerdings nicht registriert, sowie mindestens 200.000 Menschen anderer Nationalitäten. Auch Libyen ist weiterhin ein bedeutendes Aufnahmeland südlich der EU. Unter den 930.000 Migrant:innen befinden sich auch 340.000 Sudanese:innen, viele davon vermutlich geflüchtet. Noch gelten sie als »Brüder und Schwestern« und sind nicht von den Massenabschiebungen betroffen.

Insbesondere die Verbesserung der Sicherheitslage für Araber:innen in Syrien, der Rückgang der Flüchtlingszahlen in der Türkei, die Abschiebungen von Afghan:innen aus dem Iran, die zunehmende Aufnahme von Geflüchteten in Ägypten sowie in Libyen, dort ebenfalls verbunden mit einer verbesserten Sicherheitslage, können als gewichtige Gründe für den Rückgang der Zahl der Asylanträge in der EU und in Deutschland betrachtet werden. Das heißt: Einerseits schaffen es weniger Flüchtende weiter nach Norden. Andererseits bleiben mehr Schutzsuchende in anderen Staaten, die durch einen Zugewinn an Sicherheit gekennzeichnet sind. Mit den Maßnahmen der Bundesregierung – Binnengrenzkontrollen, Abschiebungen,

Bezahlkarte, Sozialleistungskürzungen – hat der Rückgang der Asylbewerber:innenzahlen in Deutschland demgegenüber wenig zu tun.

Insgesamt verdeutlicht der Blick auf die Fluchtverhältnisse weltweit, dass die Handlungsspielräume für Schutzsuchende immer enger werden und der internationale Flüchtlingsschutz weiter zu erodieren droht.

Diesen Entwicklungen zugrunde liegen fundamentale Verschiebung der geopolitischen Ordnung. Einen Anteil daran haben die imperialen Bestrebungen Russlands sowie die außenpolitischen Ambitionen Irans und einiger Golfstaaten, aber auch der Amtsantritt Donald Trumps Anfang 2025. Nicht nur Handelsabkommen, sondern auch die internationale Zusammenarbeit zu Fragen von Arbeitsmigration, des Flüchtlingsschutzes und der humanitären Hilfe tritt gegenüber übergeordneten macht- und wirtschaftspolitischen Überlegungen zunehmend in den Hintergrund. In diesem Kontext werden bestehende Konflikte angeheizt oder es entstehen neue Gewaltkonflikte, in denen sich geopolitische Strategien, regionale Machtkämpfe und Konkurrenzen zur Sicherung von Rohstoffen ausdrücken. So haben die verheerenden Kriege in der Ukraine¹ und im Sudan² Hunderttausende Tote gefordert und Millionen Menschen vertrieben. Die Zivilbevölkerung, Binnenvertriebene und Flüchtlinge wurden zum Spielball neuer Geopolitik. Die Verschärfung geopolitischer Bruchlinien lässt für die Zukunft, auch für die zukünftige Entwicklung des globalen Fluchtgeschehens, nur wenig Hoffnung auf Verbesserungen.

Zudem nutzen zunehmend autoritär agierende Staaten Fragen der Zuwanderung, der Grenzsicherung und Abschiebungen, um ihre Handlungsmacht zu demonstrieren und Druck auf Schutzsuchende auszuüben. Geflüchteten sind in ihren Integrationsbemühungen mit vielfachen rechtlichen Barrieren und sozialer Ausgrenzung konfrontiert. Zudem werden sie in vielen Ländern als vermeintliche Bedrohung der öffentlichen Sicherheit stigmatisiert. Ein Beispiel dafür ist die bereits erwähnte Situation von Hundertausenden Afghan:innen, die sowohl aus Pakistan, dem Iran und Tadschikistan ausgewiesen werden und nun in Afghanistan vor einer höchst unsicheren Zukunft stehen.³ Und auch die Debatte um die Rückkehr von syrischen Geflüchteten aus Deutschland orientiert sich kaum an der faktischen Situation und den weiterhin wirtschaftlich, politisch und sozial sehr schwierigen Bedingungen in Syrien⁴, sondern vielmehr an innenpolitischen Überlegungen in Deutschland.

1 Düvell/Lapshyna, Ukraine: Krieg und Flucht – ein Sonderfall; Düvell, Ukraine.

2 Jaschek, Sudan.

3 Hierzu siehe den Beitrag von Yan Matusevich in diesem Band; Talebi/Delvarani, Iran; Schetter/Mielke, Afghanistan; Mielke/Schmeidl/Schetter, Responding to Mass Returns in Afghanistan.

4 Hierzu siehe den Beitrag von Osman Bahadır Dincer und Zeynep Şahin-Mencütek in diesem Band.

Autoritäre politische Systeme und rechtspopulistische Parteien weltweit stellen die Grundlagen des humanitären Völkerrechts sowie des internationalen Flüchtlingsrechts in Frage. Multilaterale Kooperationsplattformen wie der 2018 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen angenommene »Globale Pakt für Flüchtlinge« erscheinen angesichts verschärfter geopolitischer Machtspiele und nationaler Interessenpolitik zunehmend als »zahnlose Tiger«. Zentrale internationale Organisationen des Flüchtlingsschutzes wie das Flüchtlingshochkommissariat der Vereinten Nationen (UNHCR) und die Internationale Organisation für Migration (IOM) sehen sich mit sinkenden Mitteln konfrontiert. Verschärft wird dies weiter durch die rückläufigen Ressourcen für Entwicklungszusammenarbeit und humanitäre Hilfe, die Geflüchtete weltweit hart treffen.

Was folgt daraus? Die Hoffnungen auf globale Solidarität und eine gerechte Verantwortungsteilung im Sinne des Globalen Pakts für Flüchtlinge haben sich weitestgehend zerschlagen. Umsiedlungs- und Hilfsprogramme für Geflüchtete in Aufnahmeländern stehen vor dem Aus und die großen Potentiale sogenannter ergänzender Schutzwege, wie Arbeits- und Bildungsmigration oder Familienzusammenführung, bleiben ungenutzt.⁵ Deutschland, die Europäische Union und andere Staaten sollten alles daransetzen, den multilateralen Flüchtlingsschutz, globale Abkommen und internationale Organisation, die zum Wohle von Geflüchteten arbeiten, zu retten. Dennoch scheint angesichts der weltpolitischen Lage ein Ende des globalen Schutzregimes wahrscheinlicher als seine Wiederbelebung.

Welche Handlungsoptionen bleiben den Schutzsuchenden selbst? Zwei Trends lassen sich erkennen. Zum einen entziehen sich viele Geflüchtete angesichts eines fehlenden Zugangs zu einem Schutzstatus und langfristigen Integrationsperspektiven dem Zugriff durch den Staat. Sie machen sich selbst »unsichtbar«, indem sie die regulären Schutzpfade und die Flüchtlingslager verlassen und stattdessen in Großstädten abtauchen sowie auf irregulären Wegen in andere Länder weitermigrieren. Dieser Trend ist sowohl in Ländern Zentralasiens⁶, in Südasien⁷, in Zentralamerika⁸ und dem Nahen Osten, als auch in Südafrika sichtbar. Die Arbeit eines Netzwerks von Geflüchteten-Selbstorganisationen in Südafrika zeigt aber auch einen anderen Weg auf. Angesichts rückläufiger Hilfsgelder, wachsendem Rassismus und gesellschaftlicher Ausgrenzung organisieren sich viele Schutzsuchende in Südafrika selbst. Sie knüpfen Kooperationsnetzwerke in Städten, beraten und unterstützen sich beim Aufbau von Unternehmen und wehren sich gerichtlich gegen willkürliche Entscheidungen. Sie bauen nicht auf eine globale Solidarität, sondern le-

5 Hierzu siehe den Beitrag von Martin Wagner in diesem Band.

6 Hierzu siehe den Beitrag von Yan Matusevich in diesem Band.

7 Etzold/Ansar, Geflohene Rohingya in Bangladesch.

8 Hierzu siehe den Beitrag von Ludger Pries in diesem Band.

ben eine lokale Solidarität, die für sie überlebenswichtig ist.⁹ In Deutschland wurde 2024 das Refugee Advisory Board Germany (RAB Germany) gegründet, um die Perspektiven und das Fachwissen von Geflüchteten aktiv in nationale und internationale Entscheidungsprozesse der Asyl- und Flüchtlingspolitik einzubeziehen.¹⁰ Solche Initiativen sind zwar keine Patentlösung für die Krise des globalen Fluchtregimes, aber wichtige Bausteine, um diesen fundamentalen Umwälzungen zu begegnen und progressive Politik und neue Lösungen im Interesse von Schutzsuchenden zu gestalten.

Im Fokus des Reports Globale Flucht 2026 steht das Verhältnis der Themenkomplexe Klimawandel und Flucht. Ausmachen lässt sich, dass die Folgen der globalen Erderwärmung sowohl Migrationsmuster als auch Bleibeperspektiven in hohem Maße und mit hoher Geschwindigkeit verändern. Wenngleich Schätzungen und Szenarien weit auseinanderliegen¹¹, ist doch eines klar: Klimawandelbedingte Migration wird ohne Zweifel eine gewaltige Größenordnung erreichen. Denn nachteilige Umweltveränderungen wie Stürme, Überschwemmungen, Dürren, seien sie temporär oder dauerhaft, plötzlich oder schleichend auftretend, können in vielen Teilen der Welt Wanderungen zur Folge haben. Dabei ist oft nicht eindeutig, ob die Umweltveränderungen der Hauptauslöser für Mobilität sind oder aber einer von mehreren Triggern beziehungsweise Ursachen – neben beispielsweise sozioökonomischer Ungleichheit oder Konflikten.

Klar ist ebenfalls, dass die klimawandelinduzierte Migration beziehungsweise Mobilität verschiedene Regionen, Gruppen und Individuen in ganz unterschiedlichem Maße betreffen kann. Ihre Resilienz beziehungsweise Verwundbarkeit hängt von vielen Faktoren ab. Dazu zählen die geographische Lage und Exponiertheit, aber auch die ökonomischen Möglichkeiten, entsprechende Anpassungsmaßnahmen vorzunehmen. Klimagerechtigkeit erfordert es, faire Lösungen für diese unterschiedlichen Risiken und Adaptationschancen zu entwickeln. Das gilt auch deshalb, weil die Verursacher des Klimawandels sich in der Regel besser anzupassen vermögen als diejenigen, die vom Voranschreiten der Klimakatastrophe besonders betroffen sind, aber zu ihrer Verursachung weniger beigetragen haben.

Auch auf der individuellen Ebene kann Mobilität als Reaktion auf den Klimawandel möglicherweise als Adaptation eingeordnet werden, nicht allein als ein Zeichen von hoher Vulnerabilität. Eine solche Anpassung muss aber nicht unbedingt erfolgreich sein. Aber auch andersherum kann die Immobilität von Personen und

9 Hierzu siehe das Gespräch des South African Refugee-led Network mit Benjamin Etzold in diesem Band.

10 Hierzu siehe das Gespräch von Jamil Alyou und Nyima Jadama mit Christine Lang in diesem Band.

11 Hierzu und im Folgenden zum Beispiel: Klimawandel und Migration, SVR-Jahresgutachten 2023.

Gruppen durchaus ein Zeichen von starker Verbundenheit mit der eigenen Region, Kultur oder Familie sein und nicht notwendigerweise nur ein Ausdruck der Verhinderung der Wahrnehmung von Mobilitätsoptionen wie im Falle derjenigen, die keine Möglichkeit für eine Migration haben (»trapped populations«).

Der Großteil der Migranten wird sich innerhalb der Ursprungsregionen bewegen (Binnenmigration); kontinentübergreifende Wanderungen sind eher in geringerem Ausmaß zu erwarten. Besonders betroffen sind kleine Inselstaaten, afrikanische und asiatische Deltaregionen, die besonders von den Auswirkungen des Klimawandels betroffen sind und nur begrenzt anpassungsfähige gesellschaftliche Ordnungen umfassen. Staaten, die ohnehin bereits mit unzureichenden Infrastrukturen kämpfen, sollten aus einer Perspektive der Klimagerechtigkeit mit deren Bewältigung auch im Bereich der Migration nicht alleingelassen werden.

Dennoch: Sowohl für die Binnenmigration als auch für die grenzüberschreitende klimawandelbedingte Migration müssen neue Antworten entwickelt werden, denn bisherige Steuerungsstrukturen und Politiken bieten dafür noch kaum Ansatzpunkte. So zeigt sich, dass – nicht erst seit der aktuellen Krise des Multilateralismus – die globalen Regime für die Migrations- und die Klimapolitik nicht (mehr) greifen und bislang auch kaum verbindliche Lösungen hervorgebracht haben. Weder ist klimawandelbedingte Migration durch das Regime der Genfer Flüchtlingskonvention abgedeckt, noch bietet die Klimarahmenkonvention einen hinreichenden Rahmen, um klimawandelinduzierte Migration zu steuern und ein entsprechendes Schutzregime zu gewährleisten. Allenfalls unter sogenannten Nexus-Situationen können Umwelt- beziehungsweise Klimaveränderungen gemeinsam mit Konfliktsituationen Schutzansprüche begründen, welche dann aber nur mittelbar Folge des Klimawandels sind. Und auch über das Menschenrechtsregime lassen sich individuelle Schutzansprüche kaum ableiten. In den Weltklimaverhandlungen wurde die Migration in den letzten »Conferences of the Parties« (COP 28, COP 29, COP 30) zunehmend als ein zentrales Element von »Loss and Damage« (Verlust und Schaden) sowie »Adaptation« (Anpassung) verstanden, das eine proaktive Planung und Finanzierung erfordert.

Indes entsteht eine weitere große Herausforderung durch die aktuelle Erosion des Multilateralismus. Der Rückgang multilateraler Zusammenarbeit schwächt die Fähigkeit, globale Klimarisiken zu adressieren, insbesondere im Globalen Süden und Osten; geopolitische Spannungen und Blockadehaltungen erschweren supranationale Regelungen.

Politische Akteure agieren innerhalb dieses Politikfeldes noch dazu in einem hoch komplexen institutionellen Mehrebenensystem: Zum einen ist die Kompetenz für das Thema »klimawandelinduzierte Migration« politisch vertikal über die verschiedenen Ebenen hinweg verankert – zumal in föderal organisierten Staaten, in denen den Gliedstaaten entscheidende Mitwirkungskompetenz zukommt. Zum anderen sind beide Politikfelder – Migrationspolitik und Klima-/Umweltpolitik –

horizontal in ganz unterschiedlichen Ressorts und sogar in voneinander getrennt verhandelten Säulen angesiedelt, deren Verknüpfung bislang der Umsetzung harrt. Die entsprechende Governance-Struktur ist auf allen Ebenen fragmentiert. Es fehlt an einer klaren Zuständigkeit.

Hinzu kommt eine zunehmende Infragestellung wissenschaftlicher Erkenntnisse, ja sogar demokratischer Verfahren zur Lösung dieses Problemdrucks in vielen Staaten. Just den beiden betroffenen Politikfeldern – Migrationspolitik und Klima-/Umweltpolitik – wohnt bereits jetzt ein hochgradiges Polarisierungspotenzial inne. Bereits seit einer Dekade gelten beide Politiken als Kristallisations- oder Triggerpunkte, an denen sich gesellschaftliche und politische Polarisierung entzündet. Beide Themen werden auch von antidemokratischen Kräften gezielt instrumentalisiert.

In diesem spannungsgeladenen Feld kann die Flucht- und Migrationsforschung als Brückenbauerin zwischen Klimaforschung, Politik und Recht fungieren und die vielfach ideologisch geführte Debatte versachlichen, indem sie entsprechende Daten erhebt und die Konzepte differenziert.

Wir danken den Autor:innen des Reports Globale Flucht 2026 und den Mitarbeiter:innen des transcript-Verlags für die sehr reibungslose Kooperation bei der Produktion. Laura Lotte Lemmer hat sich dankenswerterweise erneut der Beiträge angenommen, die aus dem Feld der Kultur kommen. Unser Dank gilt außerdem dem Bundesministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt (BMFTR) für die Förderung des Projekts FFVT, aus dem die nunmehr vierte Ausgabe des Reports hervorgegangen ist. Dass der Report erstmalig als Open Access-Ausgabe für alle Leser:innen kostenfrei zur Verfügung steht, verdanken wir der großzügigen Förderung durch den zentralen Publikationsfonds des Landes Niedersachsen zur Unterstützung des Open-Access-Publizierens »NiedersachsenOPEN«. Herzlichen Dank gilt hier vor allem Anna Dönecke zu sagen, die in der Universitätsbibliothek Osnabrück die Antragstellung für den Publikationsfonds überaus versiert begleitete.

Literatur

- Düvell, Franck/Lapshyna, Iryna: Ukraine: Krieg und Flucht – ein Sonderfall, in: Jochen Oltmer/Marcel Berlinghoff/Franck Düvell/Ulrike Krause/Andreas Pott (Hg.), Report Globale Flucht 2023, Frankfurt a.M. 2023, S. 15–30.
- Düvell, Franck: Ukraine, in: Jochen Oltmer/Marcel Berlinghoff/Franck Düvell/Christine Lang/Andreas Pott (Hg.), Report Globale Flucht 2024, Frankfurt a.M. 2024, S. 182–190.
- Etzold, Benjamin/Ansar, Anas: Geflohene Rohingya in Bangladesch – Wie kann diese langanhaltende Vertreibungskrise gelöst werden?, in: ebd., S. 98–111.

Jaschek, Saskia: Sudan, in: Jochen Oltmer/Marcel Berlinghoff/Benjamin Etzold/Franck Düvell/Christine Lang/Andreas Pott (Hg.), Report Globale Flucht 2025, Frankfurt a.M. 2025, S. 225–233.

Klimawandel und Migration: Was wir über den Zusammenhang wissen und welche Handlungsoptionen es gibt. Jahresgutachten des Sachverständigenrates für Integration und Migration (SVR) 2023, Berlin 2023, https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/06/SVR-Jahresgutachten_2023_barrierefrei.pdf (23.2.2026).

Mielke, Katja/Schmeidl, Susanne/Schetter, Conrad: Responding to Mass Returns in Afghanistan, BICC – Bonn International Centre for Conflict Studies, 2025, <https://doi.org/10.60638/R95W-J876>.

Schetter, Conrad/Mielke, Katja: Afghanistan, in: Oltmer u.a. (Hg.), Report Globale Flucht 2023, S. 174–182.

Talebi, Nader/Delvarani, Aryasp: Iran, in: Oltmer u.a. (Hg.), Report Globale Flucht 2024, S. 211–219.